

ONLINE-PUBLIKATION

Isa Homann

Ein lukrativer Waffenmarkt: Das ägyptische Aufrüstungsprogramm und seine Folgen

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

ISA HOMANN ist Journalistin und schreibt über die Region
des Nahen und Mittleren Ostens.

IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 8/2023

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Albert Scharenberg

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: September 2023

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

EIN LUKRATIVER WAFFENMARKT: DAS ÄGYPTISCHE AUFRÜSTUNGS- PROGRAMM UND SEINE FOLGEN

Dem Putsch des Militärs vom 3. Juli 2013 folgte nicht nur eine in der ägyptischen Geschichte nie dagewesene Welle der Repression gegen revolutionäre Aktivist*innen, oppositionelle Demokrat*innen sowie Muslimbrüder und -schwestern. Auch außenpolitisch reklamierte das Militärregime einen regionalen Führungsanspruch. Wichtigstes Mittel der Machtdemonstration ist ein gigantisches Aufrüstungsprogramm. Zwar hatten bereits unter Husni Mubarak pensionierte Militärs lukrative Posten in der Zivilverwaltung und im staatlichen Wirtschaftssektor übernommen, sodass Beobachter wie Yazid Sayigh Ägypten als «Republik der Offiziere» bezeichneten.¹ Das eigentliche Kerngeschäft des Militärs wurde unterdessen vernachlässigt. So telegraphierte der US-Botschafter in Kairo in einer (später geleakten) Depesche 2009 nach Washington, dass sich «die taktische und operative Bereitschaft der ägyptischen Streitkräfte (EAF) verschlechtert hat» – ein niederschmetterndes Urteil für das Selbstbild der Offiziere.

Abdelfattah al-Sisi, der sich ein knappes Jahr nach der Machtübernahme des Militärs zum Präsidenten wählen ließ, erklärte, er werde dafür sorgen, dass sich die Ereignisse von 2011 nie mehr wiederholen würden.² Heute dominiert die Armee, die unter Mubarak durch die Wirtschaftselite und die Sicherheitsorgane von ihrer einst dominierenden Position innerhalb der Herrschaftselite in die hintere Reihe verdrängt worden war, wieder alle Bereiche der Gesellschaft. Die neue Verfassung von 2014 spricht ihr die Rolle eines «Beschützers der Demokratie und der Verfassung, der Grundprinzipien des Staates und seiner zivilen Natur sowie der Rechte der Bürger» (Artikel 200) zu. Durch diese vage Formulierung wird das Militär über alle anderen Verfassungsorgane erhoben und die gewaltsame Absetzung von Präsident Muhammed Mursi posthum legitimiert. Zudem wurden Kompetenzen der Militärgerichtsbarkeit erweitert, sodass heute

auch Zivilist*innen von Militärgerichten, gegen deren Urteile keine Berufung möglich ist, verurteilt werden können. Die Kontrolle über das Verteidigungsbudget wurde dem Parlament entzogen und einem «Nationalen Verteidigungsrat» übertragen, der bei der Verabschiedung aller Gesetze, die das Militär betreffen, zu konsultieren ist (Artikel 203).³

Unter dem Sisi-Regime haben sich die ägyptischen Rüstungsimporte verdreifacht. Ägypten avancierte nach Indien und Saudi-Arabien zum weltweit drittgrößten Waffenimporteure.⁴ Schwerpunkt der Aufrüstung ist die Modernisierung der Luftwaffe – hier versucht Ägypten seit dem verlorenen Sechs-Tage-Krieg eine Parität mit Israel zu erreichen – sowie der massive Ausbau der Marine mit dem Ziel, das Operationsgebiet ins östliche Mittelmeer und bis ans Horn von Afrika auszuweiten. Nach Angaben von «Global Firepower» verfügt Ägypten heute zahlenmäßig über die größte Luftwaffe, die stärkste Marine und die meisten Panzereinheiten im Nahen Osten und auf dem afrikanischen Kontinent.⁵ Um sich mehr innen- und außenpolitischen Spielraum zu verschaffen und die starke militärische Abhängigkeit von den USA zu verringern, aus denen bis zum Sturz Mubarak 80 Prozent der Waffenimporte stammten, wurden die Bezugsquellen diversifiziert. Heute sind Russland sowie die EU-Länder Frankreich, Deutschland und Italien noch vor den USA die wichtigsten Waffenlieferanten, deren Interessen das Sisi-Regime geschickt gegeneinander auszuspielen weiß, um seinen regionalen Einfluss zu erhöhen und seine Macht zu zementieren.

Welche Ziele verfolgt Ägypten mit dieser massiven Aufrüstungspolitik? Wo überschneiden sich strategische Interessen der Lieferländer mit den Machterhaltungsstrategien des Sisi-Regimes? Und welche Folgen hat die Militarisierung unter Sisi für die Sicherheitsarchitektur der MENA-Region?

1 Vgl. Sayigh, Yazid: Above the State. The Officer's Republic in Egypt. The Carnegie Papers, Middle East, Beirut 2012.

2 Sakr, Taha: Sisi vows to prevent repeat of 2011 «instability», bring Regeni killers to justice, in: Egypt Independent, 1.2.2018, unter: <https://egyptindependent.com/sisi-vows-prevent-repeat-2011-instability-bring-regeni-killers-justice>.

3 Diesem gehören neben dem Präsidenten, dem Ministerpräsidenten und Parlamentspräsidenten sowie den Ministern für Verteidigung, Inneres, Äußeres und Finanzen auch die Chefs des allgemeinen und des militärischen Geheimdienstes, der Stabschef der Armee und die Kommandeure der vier Teilstreitkräfte an.

4 Das gilt für die Jahre 2013 bis 2021. Seitdem haben der Ukrainekrieg und die wachsenden Spannungen in der Pazifikregion die internationalen Waffenflüsse grundlegend verändert.

5 So verfügt Ägypten mit 4.664 Panzern über die größten Panzereinheiten (zum Vergleich Iran: 4.071 Panzer, Türkei: 2.229 Panzer, Israel: 2.200 Panzer, Saudi-Arabien: 1.273 Panzer). Ähnlich sieht es bei Kampfflugzeugen und -helikoptern aus. Nach der Statistik von «Global Firepower» verfügt Ägypten über 1.069 einsatzfähige Kampfflugzeuge, dicht gefolgt von der Türkei mit 1.065, Saudi-Arabien mit 897 und Israel mit 691 Kampfflugzeugen. Ägypten verfügt über insgesamt 245 Kampfschiffe, gefolgt von Algerien mit 201, der Türkei mit 154 und Israel mit 67 Kampfschiffen. Nur bei U-Booten liegen der Iran und Türkei noch vor Ägypten. Vgl. die Statistiken auf www.globalfirepower.com/countries-listing.php#google_vignette.

AUFRÜSTUNG ALS MITTEL EINER AGGRESSIVEN AUSSENPOLITIK

Die massive Aufrüstung Ägyptens, die mit einer Welle patriotischer Propaganda und militärischer Machtdemonstrationen einhergeht, sendet eine Botschaft nach innen wie nach außen. Sie soll einerseits demonstrieren, dass Widerstand gegen den Machtapparat zwecklos ist, und zugleich – anknüpfend an nasseristische, antikolonialistische Symbolik – wiedergewonnene nationale Stärke suggerieren und dadurch der Machtübernahme durch die Militärs nach innen Legitimität verleihen.

Das Sisi-Regime setzt die Aufrüstung aber auch als Instrument zur Generierung außenpolitischer Renten ein. Die Vorbereitung des Putsches gegen Mohammed Mursi war finanziell, logistisch und politisch von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten unterstützt worden. Die beiden Golfstaaten wollten dem politischen Islam der Muslimbrüder – und mit ihm der revolutionären Welle, die die ganze arabische Welt erfasst hatte – ein Ende bereiten. Riad befürchtete, dass die Kombination aus demokratischen Wahlen und Islamismus die Legitimität des eigenen monarchischen Modells islamistischer Herrschaft unterminieren könnte. In den Emiraten wurde parallel zum «Arabischen Frühling» die Macht der Scheichs durch eine Bewegung für eine konstitutionelle Monarchie infrage gestellt, in der die lokalen Muslimbrüder eine wichtige Rolle spielten.

Unmittelbar nach dem Putsch konsolidierten die Golfstaaten das Sisi-Regime mit einer großzügigen Finanzspritze von 23 Milliarden US-Dollar.⁶ Es bildete sich eine enge militärische Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten, Saudi-Arabien und Ägypten heraus. Die drei Länder hielten mehrfach gemeinsame Manöver ab, bei denen Einsatzpläne vereinheitlicht wurden und ägyptische Soldaten unter Nutzung des saudischen Waffenarsenals trainieren konnten. Die Golfstaaten beglichen sogar einige Rechnungen für ägyptische Waffenimporte. Ägypten garantierte mit seiner starken Armee von 1,2 Millionen Mann⁷ auch den Schutz der Golfstaaten. Durch die Errichtung einer Seeblockade unterstützte die ägyptische Marine den saudischen Krieg im Jemen, und gemeinsam mit den Emiraten intervenierte Ägypten im libyschen Bürgerkrieg aufseiten des Putschgenerals Khalifa Haftar gegen die von der UNO anerkannte Regierung in Tripolis.

Militärische Stärke ist aber auch ohne den direkten Einsatz von Waffen ein Mittel offensiver Außenpoli-

tik – vor allem, wenn es um die Verteilung von Ressourcen geht. Im östlichen Mittelmeer, wo in den letzten Jahren große Erdgasvorkommen entdeckt wurden, streiten Ägypten und die Türkei über die Demarkationslinien ihrer jeweiligen Wirtschaftszonen. Mit Äthiopien schwelt seit Jahren ein Konflikt über die Befüllung des äthiopischen Grand Renaissance Dam am Blauen Nil, der wichtigsten Wasserquelle für 105 Millionen Ägypter*innen.⁸ Mit der Ausweitung der ägyptischen Marinepräsenz bis ans Horn von Afrika und dem Erwerb von Kampfflugzeugen mittlerer Reichweite wurde eine Drohkulisse errichtet, die Äthiopien zu Zugeständnissen zwingen sollte.

HONEYMOON UND KRISE DER AMERIKANISCH-ÄGYPTISCHEN BEZIEHUNGEN

Bis zum Sturz Mubaraks im Februar 2011 kam das Gros der ägyptischen Waffenbestände aus den USA. Für das CENTCOM, das Zentralkommando für den Nahen und Mittleren Osten, mit dessen Aufstellung das Pentagon 1983 begonnen hatte, war Ägypten der nach Israel wichtigste strategische Verbündete in der Region. Die Sinai-Halbinsel stellt eine Brücke zwischen dem asiatischen und dem afrikanischen Kontinent dar; Ägypten kontrolliert den Suezkanal, der das Mittelmeer mit dem Roten Meer, dem Indischen Ozean und dem erdölreichen Persischen Golf verbindet und über den 12 Prozent des Welthandels transportiert werden. Auch verlaufen 17 Prozent der interkontinentalen Kabelverbindungen – faktisch die gesamte digitale Kommunikation zwischen Europa, Ostafrika und Südasien – durch Ägypten.

1985 beschloss der US-amerikanische Senat – als Gegenleistung für die Unterzeichnung des israelisch-ägyptischen Friedensabkommens durch Ägypten – eine jährliche, nicht rückzahlbare Militärhilfe von 1,3 Milliarden US-Dollar. Bis 2020 flossen insgesamt rund 50 Milliarden US-Dollar. Damit wurden F-16-Kampfflugzeuge, Raketen, Kampfhubschrauber und Einzelteile für Abrams-Panzer, die seit den 1990er-Jahren in Ägypten montiert werden, finanziert. Alle zwei Jahre übten US-amerikanische und ägyptische Soldaten in der Sahara den Wüstenkrieg. An dem größten dieser «Bright-Star-Manöver» nahmen 1999 insgesamt 70.000 Soldaten teil – darunter auch Soldaten aus anderen NATO-Staaten wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Jährlich wurden 1.600 ägyptische Offiziere an US-Militärakademien ausgebildet; einer von ihnen war al-Sisi.

6 Inzwischen belaufen sich die Wirtschaftshilfen aus den Golfstaaten in Form von Einlagen bei der ägyptischen Zentralbank und kostenfreien Erdöllieferungen auf über 100 Milliarden US-Dollar. Vgl. Halawa, Hafsa: Gulf Investment in Egypt: A Balance of Mutual Need. Carnegie Middle East Center, 8.5.2023, unter: <https://t1p.de/6uvyc>.

7 Nach Eigenangaben (www.egyptdefenceexpo.com/what-is-edex). Eingerechnet in die Zahl sind auch aktive Reservisten und Paramilitärs.

8 Vgl. Lübbers, Ivesa: Wem gehört der Nil? Der ägyptisch-äthiopische Konflikt um den Bau des Grand Ethiopian Renaissance Dam, Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2021, unter: www.rosalux.de/publikation/id/45000.

Als Gegenleistung hielt Mubarak, sehr zum Unmut der eigenen Bevölkerung, die Palästinensische Autonomiebehörde und den libyschen Herrscher Muammar al-Gaddafi in Schach und schickte 1990/91 seine Truppen an der Seite der U.S. Army in den Zweiten Golfkrieg. Dafür wurden ihm im Gegenzug 40 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden erlassen.

Aber es gab auch immer wieder Unstimmigkeiten zwischen Washington und Kairo. Die Ägypter*innen wiesen Wünsche der USA, eigene Stützpunkte am Nil zu errichten, zurück. Und sie empfanden es als Demütigung, dass die Militärhilfe an den historischen Rivalen Israel die an Ägypten gezahlte Hilfe um 70 Prozent überstieg. Die USA ignorierten die Existenz israelischer Atomwaffen und weigerten sich, F-15-Kampfflugzeuge, die einen größeren Kampfradius haben als die kleineren F-16, an Ägypten zu liefern, wodurch die israelische Luftüberlegenheit gefestigt wurde. 2008 wurde dann zum Ärger Ägyptens die US-amerikanische Garantie für die strategische Überlegenheit Israels durch das Rüstungsexportkontrollgesetz (Arms Export Control Act) verbindlich festgeschrieben.

Nach der Machtübernahme des Militärs im Juli 2013 wuchsen die Spannungen. Zwar vermied es die Obama-Administration, den Sturz Präsident Mursis als «Putsch» zu bezeichnen, weil dies weitreichende Sanktionen (wie die völlige Aussetzung von Waffenlieferungen) nach sich gezogen hätte, aber die USA reduzierten die Entwicklungshilfe an Ägypten und behielten zehn Prozent der jährlichen Militärhilfe ein. Nach dem Massaker auf dem Rabi'a-al-Adawiya-Platz, dem im August 2013 mehr als 1.000 Putschgegner*innen aus den Reihen der Muslimbrüder zum Opfer fielen, sagten die USA das geplante «Bright-Star-Manöver» ab und setzten die Auslieferung von F-16-Kampfflugzeugen, Harpoon-Raketen, Apache-Hubschraubern und Ersatzteilen für M1A1-Panzer aus. Selbst nach dem Machtantritt Donald Trumps, der Präsident Sisi seinen «liebsten Diktator» nannte, änderte sich diese Zurückhaltung nur graduell. Die Waffenimporte blieben auf niedrigem Niveau. Der Anteil der USA an den ägyptischen Waffenimporten sank in den Jahren 2017 bis 2021 auf 6,5 Prozent.⁹

WLADIMIR PUTIN FÜLLT DAS VAKUUM

Den neuen Machthabern in Kairo gelang es relativ schnell, Ersatz für die ausbleibenden US-Waffenlieferungen zu finden. In Moskau stand man dem «Arabischen Frühling» von Anfang an skeptisch gegenüber. Der Sturz des libyschen Diktators Gaddafi hatte dem

russischen Einfluss in der Region einen Dämpfer versetzt. Die Demokratiebewegung in Syrien bedrohte zeitweilig die Macht des wichtigsten Verbündeten Moskaus in der Region, die des syrischen Baath-Regimes. Außerdem teilte Putin die Aversion der ägyptischen Militärs gegen jede Form des Islamismus.

Im November 2013 besuchten die russischen Minister für Äußeres und Verteidigung, Sergei Lawrow und Sergei Schoigu, gemeinsam Kairo. Es war der erste Besuch eines russischen Verteidigungsministers, seit 1971 der damalige Präsident Anwar as-Sadat 20.000 sowjetische Militärexperten des Landes verwiesen hatte. Drei Monate später gab Sisi – damals noch in seiner Funktion als Verteidigungsminister – die erste Bestellung russischer Waffensysteme im Umfang von 2 Milliarden US-Dollar auf. Auch der erste Staatsbesuch ins nicht-arabische Ausland nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten 2015 führte Sisi nach Sotschi, wo Wladimir Putin ihm stolz die modernsten russischen Waffen vorführte. Der Besuch endete mit einem neuen Auftrag für die russische Rüstungsindustrie im Umfang von über 3,5 Milliarden US-Dollar. Auf der ägyptischen Wunschliste standen 50 MiG-29M2-Kampffjets und Ka-52-Kampfhubschrauber, die in Ägypten als «Nil-Krokodil» bekannt sind, Antey-2500-Raketenabwehrsysteme sowie BUK-M-3-Boden-Luft-Lenkwaffensysteme. Als Gratiszugabe schenkte Moskau der ägyptischen Marine eine Korvette der Klasse Molnija B.32, die mit Artillerie und Raketen bestückt werden kann. In der zweiten Hälfte der 2010er-Jahre avancierte Russland zum wichtigsten Waffenlieferanten Ägyptens mit einem Importanteil von rund 40 Prozent.

Aber Russland schickte nicht nur Waffen, sondern auch Ausbilder und versprach, die veralteten militärischen Produktionsanlagen in Ägypten zu modernisieren. Seit 2015 führen die Marine, die Luftwaffe und Speziallandeeinheiten beider Länder regelmäßige gemeinsame Manöver in Ägypten und vor der russischen Schwarzmeerküste durch. Im Oktober 2018 unterzeichneten Sisi und sein russischer Amtskollege in Sotschi ein strategisches Partnerschaftsabkommen, durch das Ägypten die Abhängigkeit vom Westen und vor allem von den USA reduzieren wollte.

Die militärische Zusammenarbeit ist für beide Regime eine Win-win-Situation. Für das ägyptische Regime ist es von Vorteil, dass Russland – anders als die USA – keine gesetzlichen Restriktionen für die Verwendung exportierter Waffen auferlegt. Russland wiederum konnte unter dem Deckmantel der militärischen Kooperation mit Ägypten seine Präsenz im östlichen Mittelmeer ausbauen. Im November 2017 unterzeichneten Kairo und Moskau ein Abkommen über die gegenseitige Nutzung des Luftraums und

⁹ Eigene Berechnung nach der SIPRI Arms Transfer Database (<https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>).

von Luftwaffenstützpunkten. Russland, das ebenfalls General Khalifa Haftar mit Waffen und Söldnertruppen unterstützt, soll nach Angaben des *Guardian* die ägyptische Luftwaffenbasis in Sidi-Barrani in der westlichen Wüste sowie den Hafen von Marsa Matruh für versteckte Versorgungsflüge und Spezialoperationen im libyschen Bürgerkrieg genutzt haben.¹⁰

DER WETTLAUF UM STRATEGISCHEN EINFLUSS IN ÄGYPTEN

Die verbesserten militärischen Beziehungen zu Russland bedeuteten jedoch keine Totalabkehr von den USA. Im Gegenteil nutzte das Sisi-Regime die Annäherung an Moskau, um Druck auf Washington auszuüben, wohlwissend, dass die Sanktionen der Obama-Administration innenpolitisch umstritten waren. Es waren vor allem die Kommandanten des CENTCOM, die vor einer weiteren Abkühlung der Beziehungen zu Ägypten warnten: «Das CENTCOM wird in seinem Bemühen um eine effektive und kollektive Sicherheit durch Verzögerungen bei Militärverkäufen an Verbündete und Partner behindert, was [...] zu dem Eindruck eines nachlassenden Engagements der Vereinigten Staaten für die Sicherheit und Stabilität des Einsatzgebietes und der einzelnen Länder in der Region beiträgt», warnte der CENTCOM-Kommandant, General Kenneth McKenzie, am 15. März 2022 bei einer Anhörung vor dem US-Senat.¹¹ Dadurch verspielten die USA das Vertrauen traditioneller Bündnispartner wie Ägypten, die sich anderwärts absichern würden. So würde die Abschreckung gegenüber dem Iran untergraben und Konkurrenten der USA – namentlich «eine expansionistische Volksrepublik China und ein wiedererstarktes Russland» – könnten über neue militärische Allianzen ihren Einfluss in der Region erhöhen und die Position des CENTCOM unterminieren.¹²

McKenzie und sein Vorgänger, General Joseph Votel, bemühten sich um Schadensbegrenzung und eine fortgesetzte Einbindung der ägyptischen Streitkräfte in die US-amerikanische Regionalstrategie. 2017 fanden dann wieder ägyptisch-amerikanische «Bright-Star-Manöver» statt – wenngleich zunächst mit einer eher symbolischen US-Beteiligung von 200 Soldaten. Im Januar unterzeichneten die USA und

Ägypten ein COMCASA-Abkommen (Communications Compatibility and Security Agreement), um die Interoperabilität der Streitkräfte zu erleichtern. 2021 schloss sich Ägypten den Combined Maritime Forces (CMF) des CENTCOM an und nimmt seitdem an dessen jährlichen Marinemanövern IMX (International Maritime Exercise) teil.

Besonders beunruhigt zeigte sich Washington, als Ende 2018 bekannt wurde, dass die ägyptische Luftwaffe als Alternative für die F-15, die die USA ihr vorenthalten hatten, zwei Dutzend Sukhoi-35-Jäger in Moskau geordert hatte, die als Aushängeschild der russischen Luftwaffe gelten. Nach Bekanntwerden des Deals drohten die USA Ägypten mit Sanktionen auf der Basis der CAATSA-Verordnung (Countering America's Adversaries through Sanctions Act) von 2017.¹³ Nach Beginn des Ukrainekriegs wurde der Druck auf das Sisi-Regime stärker, das dann im letzten Moment vom Kauf der Sukhois zurücktrat.¹⁴

Allerdings hat Ägypten nicht ohne Gegenleistung auf die Sukhois verzichtet. Bei dem erwähnten Senate Hearing überraschte McKenzie mit einer Ankündigung: «Für Ägypten haben wir gute Nachrichten: Wir werden F-15 liefern.»¹⁵ Die Aussage kam nur wenige Tage, nachdem der Senat im Verlauf einer hitzigen Debatte den Verkauf von zwölf Hercules-Transportflugzeugen für eine Summe von 2,2 Milliarden US-Dollar genehmigt hatte. Die ägyptische Wunschliste ist jedoch noch länger: So soll die US-Regierung der Lieferung von 23 Chinook-Kampfhubschraubern der Firma Boeing sowie Lenkraketen für 700 Millionen US-Dollar zugestimmt haben. Außerdem wollen die ägyptischen Militärs die 1.200 lokal mit US-Lizenzen produzierten Abrams-M1A1-Panzer – die größten Bestände dieses Panzertyps außerhalb der USA – gemäß dem neuen Standard M1A2 modernisieren. Der US-amerikanische Druck auf Kairo hat den guten Beziehungen zwischen Sisi und Putin aber bislang keinen Abbruch getan. Zwar hat Kairo in der UNO den russischen Einmarsch in die Ukraine verurteilt, sich aber zugleich geweigert, Sanktionen gegen Moskau zu verhängen. Vielmehr wurden die Beziehungen weiter ausgebaut. Russland baut an der ägyptischen Nordküste ein Atomkraftwerk mit vier Reaktoren für insgesamt 25 Milliarden US-Dollar, das mit russischen Krediten finanziert wird. Am Suezkanal soll eine russische Wirtschaftszone entstehen. Im Februar 2023

10 Michaelson, Ruth: Turkey and UAE openly flouting UN arms embargo to fuel war in Libya, in: *The Guardian*, 7.10.2022, unter: www.theguardian.com/global-development/2020/oct/07/turkey-and-uae-openly-flouting-un-arms-embargo-to-fuel-war-in-libya.

11 Vgl. Posture Statement of General Kenneth F. McKenzie, Jr., Commander, United States Central Command before the Senate Armed Service Committee, 15. März 2022.

12 Ebd.

13 Durch die CAATSA-Verordnung werden dritte Parteien sanktioniert, die die US-amerikanischen Sanktionen gegen Russland, den Iran und Nordkorea umgehen.

14 Ob, in welcher Höhe und durch wen Entschädigungen an Russland gezahlt wurden, ist nicht bekannt. Die für Ägypten bestimmten Sukhois wurden inzwischen an den Iran geliefert.

15 Zitiert nach O'Brien, Connor: U.S. plans to sell F-15 fighters to Egypt amid human rights dispute, in: *Politico*, 15.3.2022, unter: www.politico.com/news/2022/03/15/f-15-fighter-jets-sale-egypt-00017339.

wurden US-Geheimdienst Dokumente geleakt, denen zufolge Sisi persönlich angeordnet hat, 40.000 Raketen sowie Artillerie für Russland zu produzieren und diese heimlich nach Russland zu transportieren. Zwar wurden diese Berichte in Kairo offiziell dementiert, ägyptische Beobachter*innen halten sie dennoch für glaubhaft. Erstaunlicherweise versucht das Pentagon, die Berichte herunterzuspielen. Es befürchtet, dass eine Sanktionierung Ägyptens das Sisi-Regime weiter in die Arme Moskaus treiben könnte – zumal auch andere traditionelle Verbündete der USA wie Saudi-Arabien oder die Golfstaaten gelernt haben, die Interessen der konkurrierenden Großmächte USA, Russland und China gegeneinander auszuspielen.

ÄGYPTEN ALS LUKRATIVER ABSATZMARKT FÜR DIE EUROPÄISCHE RÜSTUNGSINDUSTRIE

Fast die Hälfte seiner Waffen bezieht das Sisi-Regime auf europäischen Waffenmärkten. Zwischen 2017 und 2021 kamen 21 Prozent aller ägyptischen Waffenimporte aus Frankreich, 15 Prozent aus Italien und 11,4 Prozent aus Deutschland. In seinem Versuch, sich von den alten Abhängigkeiten freizumachen, kam dem Sisi-Regime der innereuropäische Überbietungswettbewerb um lukrative Waffenmärkte gerade recht. Und je umfangreicher die Waffendeals mit Kairo wurden, desto leiser wurde die Kritik aus Paris, Rom und Berlin an den Menschenrechtsverletzungen des Militärregimes. Europäische und nationale Waffenexportrestriktionen wurden dabei unter dem Vorwand, Ägypten sei ein wichtiger Stabilitätsanker in der Region, geflissentlich ignoriert.

Frankreich: Sicherheit kommt vor Demokratie

Es war ausgerechnet die sozialistische Hollande-Regierung, die vorpreschte. Während der Europäische Rat die Annullierung aller Exportlizenzen für Ausrüstungen nach Ägypten, die zur inneren Repression eingesetzt werden könnten, beschloss, witterte das französische Verteidigungsministerium «neue Opportunitäten für «soutex»», wie es in einem geleakten Schreiben des damaligen Verteidigungsministers, Yves le Drian, vom 15. November 2013 heißt.¹⁶ Soutex steht für «Soutien aux exportation des armes» – also für die Unterstützung von Waffenexporten. Selbst nachdem französische Menschenrechtsorganisationen dokumentiert hatten, dass bei dem Massaker auf dem Rabi'a-al-Adawiya-Platz Panzerfahrzeuge von Renault – sogenannte Sherpas – eingesetzt

worden waren, wurden weder die Ausfuhrlizenzen für die Sherpas noch für den Export von Produktionsanlagen für Munition der französischen Firma Menurhin widerrufen. Im Gegenteil: Unmittelbar nach der Wahl Sisis zum Staatspräsidenten im Juni 2014 orderte die ägyptische Marine vier Gowind-Korvetten beim staatlichen französischen Schiffsbaukonzern DCNS (seit 2017: Naval), die 2017 ausgeliefert wurden. Im Februar 2015 folgte, kurz nach dem Antrittsbesuch von Sisi in Paris, der nächste Großauftrag aus Kairo in einem Gesamtumfang von 5,2 Milliarden Euro: eine FREMM-Mehrzweckfregatte von Naval, Marschflugkörper und 24 Rafale-Kampffjets. Bezahlt wurde der Deal zur Hälfte von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten und zur Hälfte mittels eines Kredits eines französischen Bankenkonsortiums. Für Frankreich kam der Auftrag überaus gelegen. Die Franzosen hatten sich nämlich mit der ambitionierten Entwicklung eines eigenen Kampffjets übernommen und brauchten dringend Absatzmärkte, um die hohen Entwicklungskosten wieder hereinzuholen.

Auch mit einem zweiten Auftrag half Sisi seinem französischen Amtskollegen aus der Bredouille. François Hollande erzählte während der Feierlichkeiten zur Eröffnung der zweiten Fahrerinne des Suezkanals im August 2015, zu denen er als Ehrengast geladen war, seinem Gastgeber und ägyptischen Amtskollegen von einem Dilemma. Die französische Regierung war auf zwei Hubschrauberträgern der Mistral-Klasse sitzen geblieben, die eigentlich für Russland bestimmt waren, aber wegen der durch die EU verhängten Sanktionen nach der russischen Besetzung der Krim nicht ausgeliefert werden durften. Das kostete den Staatshaushalt fast 950 Millionen Euro Vertragsstrafe, da die Russen die Rechnung bereits bezahlt hatten. Zu Hollandes Freude erklärte Sisi spontan, dass Ägypten, das bislang über keine Hubschrauberträger verfügt, die beiden Schiffe gern kaufen würde. Die Rechnung soll letztlich (ganz oder teilweise) von Saudi-Arabien bezahlt worden sein. Kritiker*innen zu Hause, die sich wunderten, dass man ein Geschäft mit Russland cancelt, um dann dieselben Waffen an Ägypten zu verkaufen, dessen Menschenrechtsbilanz keinen Deut besser ist, entgegnete Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian: «Sicherheit kommt vor Entwicklung und Demokratie.»¹⁷

Frankreichs Regierung teilt die antiislamistische Haltung des Sisi-Regimes. Dies mag erklären, warum Hollande Sisis Begründungen für den gewaltsamen Sturz der Muslimbrüder unwidersprochen akzeptierte. Die Militärkooperation bringt weitere Vorteile: Über regelmäßige Marinemanöver mit Ägypten will

16 Quand le coup d'État militaire en Égypte était vu par la France comme une chance en matière d'exportation d'armes, in: Franceinfo, 25.11.2021, unter: www.francetvinfo.fr/economie/emploi/metiers/armee-et-securite/video-quand-le-coup-detat-militaire-en-egypte-etait-vu-par-la-france-comme-une-chance-en-matiere-d-exportation-darmes_4858227.html.

17 Fontanelle, Sébastien: France's lucrative arms deals, in: Le Monde Diplomatique, Dezember 2021, unter: <https://mondediplo.com/2021/12/07arms>.

Frankreich seinen strategischen Einfluss weiter ins östliche Mittelmeer ausweiten – durchaus auch in Konkurrenz zu anderen EU-Mitgliedern. Und es unterstützt – entgegen der offiziellen EU-Position – ebenfalls General Haftar in Libyen.

Auch unter Emmanuel Macron, der dem ägyptischen Staatschef hinter dem Rücken der französischen Öffentlichkeit am 8. Dezember 2020 im Élysée-Palast das Große Kreuz der Ehrenlegion, den höchsten französischen Staatsorden, verlieh, geht die Sicherheitskooperation weiter. Sisi revanchierte sich mit der Bestellung weiterer 30 Rafale-Kampffjets zu einem Preis von insgesamt 3,75 Milliarden Euro. Diesmal wurde der Deal durch ein französisches Bankenkonsortium vorfinanziert. Und es blieb nicht bei diesem Geschäft. Am 8. Mai 2021 meldete die französische Tageszeitung *La Tribune*, dass Ägypten einen Aufklärungssatelliten und zwei Auftankflugzeuge von Airbus sowie vier Einheiten des mobilen Luftverteidigungs-Radarsystems der französischen Elektronikfirma Thales geordert habe.

Italien: Den Franzosen nicht das Feld überlassen

Der größte Konkurrent Frankreichs um ägyptische Waffenaufträge ist Italien. Das Land ist bereits der wichtigste Handelspartner Ägyptens innerhalb der EU, was sich vor allem auf die Gasgeschäfte des halbstaatlichen Mineral- und Energiekonzerns ENI zurückführen lässt, der 60 Prozent des ägyptischen Erdgases fördert. Es waren ENI-Ingenieure, die 2015 das Zohr-Feld entdeckten, das größte Gasfeld des Mittelmeers vor der ägyptischen Küste. Der Konzern ist seitdem zu 50 Prozent an diesem Gasfeld beteiligt. Vor diesem Hintergrund erhofft sich auch die italienische Rüstungslobby neue Absatzmärkte.

Schon vor der Machtübernahme des Militärs verkaufte Italien Munition und Kleinwaffen an Ägypten. Die Lieferungen wurden auch nach dem Putsch und der blutigen Niederschlagung der Proteste im August 2013 nicht eingestellt. 2018 erteilte die italienische Regierung der Firma Leonardo S.p.A. eine Lizenz für den Export von 32 AW149- und AW189-Kampfhubschraubern im Umfang von 871 Millionen Euro, die 2019 ausgeliefert wurden. 2020 und 2021 folgte die Lieferung zweier FREMM-Fregatten der staatlichen Firma Fincantieri.

Aber die politischen Beziehungen zwischen Kairo und Rom sind nicht so harmonisch wie jene zwischen Kairo und Paris. Das liegt zum einen an unterschiedlichen Positionen zum libyschen Bürgerkrieg. Hier unterstützt Italien – anders als Frankreich – die international anerkannte Regierung in Tripoli, deren Küstenwache die Italiener bei der Migrationsabwehr unterstützt. Und es gibt noch etwas, das immer wieder

Sand in das Getriebe der ägyptisch-italienischen Beziehungen streut: der Mord an dem italienischen Doktoranden Giulio Regeni, der am 25. Januar 2016, dem Jahrestag der Revolution, von ägyptischen Sicherheitskräften entführt, gefoltert und ermordet wurde.

Dennoch berichten italienische und ägyptische Medien seit Jahren vom größten Waffendeal in der italienischen Geschichte. Auf der ägyptischen Wunschliste stehen 24 Eurofighter Typhoon von Leonardo, mit denen die ägyptische Luftwaffe weiter diversifiziert werden soll, 20 Jettrainer (ebenfalls von Leonardo), vier weitere Fregatten von Fincantieri, 20 Patrouillenboote sowie Raketenwerfer und ein Observationssatellit. Schätzungen gehen von einem Gesamtumfang zwischen 10 und 12 Milliarden US-Dollar aus – mehr als die gesamten italienischen Rüstungsexporte der letzten Dekade. Aber immer wieder haben Proteste in der italienischen Öffentlichkeit und im Parlament unter Verweis auf den Fall Regeni sowie Drohungen mit Strafanzeigen die Vertragsunterzeichnung verzögert.

Das Tauziehen zwischen Menschenrechtsaktivist*innen, Rüstungslobby und Regierung geht auch unter Giorgia Meloni weiter. Meloni möchte den Deal endlich unter Dach und Fach bringen, da sie befürchtet, dass die Aufträge sonst an die französische Konkurrenz gehen könnten. Ihr Verteidigungsminister Guido Crosetto wies darauf hin, dass an der Vermarktung des Eurofighters Tausende von Arbeitsplätzen hängen. Meloni hofft, dass der Rüstungsdeal auch in einer anderen, von ihr prioritär behandelten Frage als Türöffner dienen kann: nämlich der Bekämpfung «irregulärer Migration». Ein Viertel aller Migrant*innen, die 2022 die italienische Küste erreichten, stammt aus Ägypten. Sisi hat Meloni gegenüber angedeutet, dass er im Rahmen einer engeren Sicherheitskooperation bereit sei, illegal nach Italien eingereiste Ägypter*innen zurückzunehmen.

Deutschland: Was haben U-Boote schon mit Menschenrechten zu tun?

Auch die deutschen Waffenexporte nach Ägypten sind seit der Machtübernahme des Militärs exponentiell gestiegen: Betrugen sie in den Jahren 2012 bis 2014 noch 47 Millionen Euro, stiegen sie nach offiziellen Angaben der Bundesregierung von Ende 2017 bis Mitte 2021 auf insgesamt 1,058 Milliarden Euro.¹⁸ Schwerpunkt der Exporte sind Kriegsschiffe für die ägyptische Marine. So wurden auf der Bremerhavener Rönner-Werft im Auftrag von Thyssen-Krupp-Marine Systems (TKMS) drei Fregatten des Typs Meko A-200 gebaut. Eine vierte soll nach Plänen von TKMS eigenverantwortlich von der ägyptischen Marine in Alexandrien gefertigt werden. Die Fregatten wurden

¹⁸ Antwort des Bundesministeriums der Verteidigung auf eine schriftliche Anfrage der Abgeordneten Sevim Dağdelen vom 22.9.2021.

mit militärischen Anlagen ausgerüstet; um welche es sich handelt, ist nicht bekannt. Der Werft wurde vertraglich eine Schweigepflicht auferlegt. Die Bundesregierung hat den Auftrag im Umfang von zwei 2 Milliarden Euro mit Kreditgarantien abgesichert. TKMS, seit der Übernahme der Kieler Howaldtswerke-Deutsche Werft größter deutscher Schiffbauer, lieferte außerdem vier U-Boote an Ägypten. Sie gehören zu den modernsten ihrer Art, sind schnell, können sehr lange unter Wasser bleiben und sind aufgrund geringer Signaturen schwer zu orten.

Im November 2020 genehmigte der Bundessicherheitsrat der Bremer Lürssen-Werft den Verkauf von neun Patrouillenbooten und einem Küstenschutzboot im Gesamtwert von 130 Millionen Euro an Ägypten. Eigentlich waren die Schiffe für Saudi-Arabien bestimmt, durften infolge eines 2018 verhängten Exportstopps als Sanktion für die Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi durch das Regime in Riad nicht ausgeliefert werden. Die ägyptische Marine verfügt bereits über fünf Tiger-Class-Kampfboote aus Beständen der Bundesmarine, die nach Plänen der Lürssen-Werft in Frankreich produziert wurden. Die Bundeswehr hatte sie ausgemustert und noch zu Mubaraks Zeiten der ägyptischen Marine überlassen.

Menschenrechtsbedenken wurden in Berlin ganz offensichtlich beiseitegeschoben. «Welche Verbindung besteht zwischen einem Patrouillenboot, einem U-Boot und Forderungen hinsichtlich der Menschenrechte?», kommentierte der ägyptische Botschafter in Berlin aus Anlass des Stapellaufs des ersten U-Bootes.¹⁹ Und Thomas Silberhorn, in der Merkel-Regierung Staatssekretär im Verteidigungsministerium, rechtfertigte die Kooperation mit dem Argument, dass Deutschland als Exportnation auf die Sicherung der maritimen Seewege angewiesen sei.²⁰ Dabei verschwieg er, dass sich die ägyptische Marine während des Krieges im Jemen an der Seeblockade gegen die Huthi-Rebellen beteiligte und damit zur Kriegspartei wurde.

Da die scheidende Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr Vizekanzler und Amtsnachfolger Olaf Scholz befürchteten, dass Waffengeschäfte mit Ägypten bei einer Regierungsbeteiligung der Grünen schwieriger werden würden, landete die Koalition aus CDU/CSU und SPD kurz vor Übergabe der Regierungsgeschäfte einen Coup: Nur einen Tag vor Vereidigung der neuen rot-grün-gelben Koalition genehmigte sie Rüstungsexporte im Gesamtumfang von 9 Milliarden Euro. Die Hälfte davon waren Lieferungen an das ägyptische Militär.

Andere deutsche Rüstungsfirmen wie Rheinmetall exportierten Waffen über Tochterfirmen im Ausland, um mögliche Exportrestriktionen zu umschiffen. So lieferte die US-amerikanische Rheinmetall-Tochter Defense Munition International der ägyptischen Armee Panzermunition. Und die südafrikanische Rheinmetall-Denel, an der Rheinmetall zu 51 Prozent beteiligt ist, lieferte gleich ganze Munitionsfabriken, unter anderem an Ägypten, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

AUSBLICK: KONSEQUENZEN FÜR EINE LINKE AUSSEN- UND FRIEDENSPOLITIK

Die Waffengeschäfte mit Ägypten werden von allen Waffenzulieferanten – ob in Berlin, Paris, Rom, Washington oder Moskau – damit legitimiert, dass Ägypten ein wichtiger Stabilitätsanker in einer instabilen Region sei. Tatsächlich macht die massive Aufrüstung die Region jedoch immer unsicherer. Angesichts dessen müssten Rüstungsexporte nach Ägypten rigoros begrenzt werden, gerade im gegenwärtigen weltweiten Boom der Rüstungsproduktion.

Die Aufrüstung am Nil treibt die Rüstungsspirale in einer ohnehin fragilen Region immer weiter an, da konkurrierende Regionalmächte wie die Türkei, der Iran, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Algerien ebenfalls massiv nachrüsten. Das aktive militärische Eingreifen Ägyptens in die Regionalkonflikte in Libyen und im Jemen sowie Drohgebärden gegen Äthiopien im Nilkonflikt haben gezeigt, dass die Aufrüstung des Sisi-Regimes nicht zur Stabilität beiträgt, sondern – ganz im Gegenteil – Öl ins Feuer der Konflikte gießt und friedliche Lösungen erschwert. In Bürgerkriegsländern wie Libyen und zuletzt im Sudan drohen schwere Waffen in die Hände von Rebellengruppen zu geraten, über die die Kämpfe der Regionalmächte um Einflusszonen immer gewalttätiger ausgetragen werden und das regionale Umfeld weiter destabilisiert wird.

Importierte Waffen wie Panzerfahrzeuge, Kampfhubschrauber und F-16 wurden aber auch wiederholt zur Aufstandsbekämpfung im Land selbst – etwa bei der Niederschlagung von Protesten und auf dem Sinai – eingesetzt. Damit machen sich die Rüstungslieferanten mitschuldig an der Verletzung von Menschenrechten durch das Sisi-Regime.

Seit Jahren bewegt sich Ägypten aufgrund der hohen Ausgaben für Waffen und für Luxusprojekte des Militärs (wie die neue Hauptstadt) am Rande des finanziellen Ruins. Seit dem Machtantritt der Militärs haben

19 Weingärtner, Marcus: Nahost: Deutsche Rüstungsexporte in Milliardenhöhe, in: Berliner Zeitung, 3.1.2021, unter: www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/nahost-deutsche-ruistungsexporte-in-milliardenhoehe-li.129734.

20 Behling, Frank: U-Boot für Ägypten in Kiel getauft, in: Kieler Nachrichten, 3.5.2019, unter: www.kn-online.de/schleswig-holstein/frank-behling-zu-u-booten-fuer-aegypten-SKNK4RMK3ARK3NIVE2ZFTNIWFA.html.

sich die Auslandsschulden auf 155 Milliarden US-Dollar erhöht und damit mehr als verdreifacht. Überbrückungskredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) sind an Auflagen wie die Freigabe der nationalen Währung und die Reduzierung staatlicher Subventionen gebunden. Die Folgen sind explosionsartige Preissteigerungen, eine offizielle Inflationsrate von 40 Prozent und Wertverluste von Bankeinlagen, Löhnen und Renten, die keineswegs nur die armen Schichten, sondern auch große Teile des Mittelstandes treffen. Noch ist das Militär in der Lage, den wachsenden sozialen Unmut durch Repression im Zaum zu halten. Die Frage ist, wie lange das noch möglich sein wird. Schon jetzt mehren sich Arbeitsniederlegungen in ägyptischen Unternehmen – wenngleich noch spontan und unkoordiniert.

Sisi hat sich lange darauf verlassen, dass Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwait – Länder, die seinen Putsch unterstützt und ihn den letzten zehn Jahren mit über 100 Milliarden US-Dollar alimentiert haben – auch weiterhin Geld als Gegenleistung für ägyptische Sicherheitsgarantien am Golf fließen lassen. Aber diese Rechnung scheint nicht mehr aufzugehen. Ägypten ist zu einem Fass ohne Boden geworden, die Regierungen der Golfstaaten fordern inzwischen Transparenz und Wirtschaftsreformen. Auch bröckelt das Bündnis zwischen Ägypten, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten durch sich widerstreitende Interessen in anderen Regionalkonflikten. Im Disput mit Äthiopien um die Befüllung des Grand Ethiopian Renaissance Dam fühlen sich die Ägypter*innen von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten im Stich gelassen. Bei den aktuellen Kämpfen im Sudan unterstützt das Sisi-Regime das sudanesishe Militär, während die Vereinigten Arabischen Emirate mit den Rapid Support Forces (RSF) unter Mohamed Degalo alliiert sind.

Welche Schlussfolgerungen kann eine linke Außen- und Friedenspolitik daraus ziehen? Und welche Spielräume hat linke Politik überhaupt, die Rüstungsspirale im östlichen Mittelmeer und im Norden Afrikas zu durchbrechen?

Mit dem «Gemeinsamen Standpunkt» vom 8. Dezember 2008 hat der Europäische Rat erstmals einen umfangreichen Kriterienkatalog zur Kontrolle von Militärgütern vorgelegt. Hiernach sind massive Menschenrechtsverletzungen in den Empfängerländern, der Einsatz von Rüstungsgütern zur Repression nach

innen, interne bewaffnete Konflikte oder die Gefahr, dass das Empfängerland in bewaffnete Konflikte verwickelt ist oder künftig in solche hineingezogen werden könnte, Hinderungsgründe für europäische Waffenexporte.²¹ All diese Kriterien treffen auf Ägypten zu. Als Reaktion auf das Rabi'a-Massaker im August 2013 beschloss der Europäische Rat, Lizenzen für die Ausfuhr von Waffen zu widerrufen, die im Inneren eingesetzt werden könnten.²² Und der UN-Sicherheitsrat hat wiederholt Sanktionen gegen alle Parteien gefordert, die in die Kriege in Libyen und im Jemen involviert sind.²³

Die Forderung nach Beendigung der Verkäufe deutscher Waffen nach Ägypten und einem Ende der militärischen Kooperation ist also nicht nur eine Frage politischer Prinzipien und Moral, sondern ist gedeckt durch Beschlüsse internationaler Gremien, an denen die Bundesregierung mitgewirkt hat. Linke Politiker*innen müssen sich dafür einsetzen, dass Deutschland auf europäischer Ebene auf die Einhaltung der Exportrestriktionen durch alle EU-Mitglieder drängt und der «Gemeinsame Standpunkt» durch Sanktionen gegen Unternehmen und Mitgliedsländer, die sich nicht an den Kriterienkatalog halten, ergänzt werden. Einige der großen deutschen Waffendeals mit Ägypten wurden durch intransparente Kreditgarantien der Bundesregierung abgesichert. Wenn die ägyptische Regierung angesichts der desolaten Haushaltslage nicht in der Lage sein sollte, die Rechnungen für U-Boote und Fregatten zu zahlen, müssen also die deutschen Steuerzahler*innen einspringen. Hier sollten linke Abgeordnete Aufklärung durch die Bundesregierung einfordern: Welche Waffengeschäfte mit Ägypten sind durch Kreditgarantien gedeckt und wie hoch sind diese?

Die exorbitante Expansion des Militärapparats auf Kosten sozialer Ausgaben unter Sisi war nur möglich, weil Bewaffnung, Finanzierung und Ausbau der militärischen Infrastruktur jeder zivilen Kontrolle entzogen wurden. Jede Kritik wird brutal unterdrückt.²⁴ Dabei haben viele Beispiele gezeigt, dass Konfliktlösungsstrategien – für Verteilungskämpfe innerhalb einzelner Länder ebenso wie die Lösung von Regionalkonflikten –, um nachhaltig zu sein, die Einbeziehung ziviler Kräfte erfordern. Auch unter friedenspolitischen Gesichtspunkten sollten Forderungen nach Einhaltung der Menschen- und Freiheitsrechte – wie die Freilassung aller politischen Gefangenen, Pressefreiheit, Assoziations- und Meinungsfreiheit, das

21 Vgl. Artikel 2 des Gemeinsamen Standpunktes des Europäischen Rates vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (<https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX%3A32008E0944%3ADE%3AHTML>).

22 Vgl. die Resolution des Council of the European Union vom 21.8.2013: Council Conclusions on Egypt. Foreign Affairs Council Meeting, Brüssel, 21. August 2013. Die Position wurde in den Folgejahren wiederholt durch den Europäischen Rat und das Europäische Parlament bestätigt.

23 Siehe z. B. die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates Nr. 1973 (2011) oder Nr. 2175 (2014).

24 Vgl. ausführlich zu der Menschenrechtslage Hossam el-Hamalawy: Ägypten – 10 Jahre Konterrevolution, 3.7.2023, unter: www.rosalux.de/news/id/50688/aegypten-10-jahre-konterrevolution.

Recht auf freie politische Betätigung – integraler Teil linker Politik gegenüber Ägypten sein. Jede Form von Wirtschafts- und Entwicklungskooperation muss dementsprechend konditioniert sein.

Im Übrigen gilt, dass diese konkreten Maßnahmen begleitet sein müssen von einer umfassenden Strategie zur Lösung der Konflikte um die Ressourcenverteilung und regionalen Machtkonkurrenzen. Dazu bedarf es einer neuen regionalen Sicherheitsordnung. Diese muss die Interessen aller Länder der Region berücksichtigen und die Seegrenzen im Mittelmeer

verbindlich festlegen sowie eine gerechte und nachhaltige Verteilung der Wasserressourcen, Fragen der Ernährungssouveränität und Lösungsszenarien für die Bürgerkriege in Libyen, im Sudan, in Syrien und im Jemen umfassen. Die Priorität muss dabei auf der Stärkung zivilgesellschaftlicher Kräfte liegen, denn es war und ist die Zivilgesellschaft, die im Schatten der Kriege das tägliche Überleben in Bürgerkriegsländern garantiert und dabei eigene Strukturen entwickelt hat. Die Debatte darüber ist längst überfällig, auch und gerade für DIE LINKE.